

Alles Ehe, oder was?

 juwiss.de/75-2017/

July 4, 2017

von MATTHIAS FRIEHE

Mit einer Gewissensentscheidung im Hau-Ruck-Verfahren hat der Bundestag die Zauberformel von der „Ehe für alle“ als Gesetz beschlossen. Verfassungsrechtliche Bedenken blieben dabei genauso auf der Strecke wie eine ernsthafte Auseinandersetzung, ob die Rechtswirkungen der Ehe – beispielsweise zur Elternschaft – auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften in jeder Hinsicht passen. Anstelle von Parteitaktik wäre es an der Zeit, sich der Sternstunden des Parlamentarismus und der gründlichen deutschen Kodifikationstradition zu erinnern.



Am 1.1.1900 trat unser Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Kraft, läutete damit das 20. Jahrhundert ein und schloss ein Jahrhundert der Diskussion ab. Ab 1814 hatten im Kodifikationsstreit Anton Friedrich Justus Thibaut und Friedrich Carl v. Savigny darum gerungen, ob es überhaupt eine einheitliche Kodifikation des Zivilrechts geben sollte. Mit der Reichsgründung 1871 gewannen diejenigen Stimmen die Oberhand, die sich für ein reichsweit einheitliches Zivilrecht einsetzten. Nachdem überhaupt erst 1873 durch eine Änderung der Reichsverfassung die Gesetzgebungskompetenz dafür geschaffen worden war, machte sich ab 1874 eine hochrangige besetzte Juristenkommission (später so genannte „1. Kommission“) an die Ausarbeitung. Nachdem diese einen Vorschlag „von Juristen, für Juristen“ vorgelegt hatte, machte sich ab 1890 die „2. Kommission“, diesmal unter Beteiligung von Nichtjuristen, an eine Überarbeitung. Die Beratungen in den beiden Kommissionen, nachzulesen im berühmten „Mugdan“, sind bis heute für jeden Zivilisten ein unverzichtbarer Schatz für die Auslegung des BGB. Nach weiteren Beratungen im Bundesrat und im Reichstag wurde das BGB schließlich 1896 beschlossen. Trotz einiger grundlegender Reformen ist das BGB doch in seinen Grundzügen weiter in Kraft, nicht wenige Bestimmungen im Wortlaut unverändert. Damals ist unbestritten ein großer Wurf gelungen, der unser „ziviles“ Leben bis heute maßgeblich bestimmt und damit zum Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft beigetragen hat.

Konfetti nach 38 Minuten

Das Gegenstück zu diesem geordneten Verfahren hat am vergangenen Freitag im Bundestag seinen Abschluss gefunden, als unter dem Slogan „Ehe für alle“ die Zivilehe auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften ausgedehnt wurde: 38 Minuten Debatte und 393 Ja-Stimmen später regnete es Konfetti auf Volker Beck (B90/GRÜNE). Das parlamentarische Verfahren ist indes nicht erst in den sich überschlagenden Ereignissen der vergangenen Woche verunfallt. Schon die wenig kreative Strategie der CDU/CSU-Fraktion, eine Gesetzesinitiative des Bundesrats im Ausschuss „auszusitzen“, war der

Bedeutung des Themas und der Rolle eines Parlaments unangemessen (vgl. den Beitrag von Niclas Stock). Das von SPD-Kanzlerkandidat Schulz aus wahlkampfaktischen Gründen angezettelte Blitzverfahren ist indes nicht minder unwürdig; diese Instrumentalisierung einer Volksvertretung zu persönlichen Zwecken ist gerade für einen früheren Parlamentspräsidenten bemerkenswert.

Bei anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die vorwiegend nicht parteipolitisch, sondern ethisch-moralisch determiniert sind, ermöglichte die Aufhebung der Fraktionsdisziplin Debatten im Bundestag, die als Sternstunden des Parlamentarismus in die Parlamentsannalen eingingen. Den so getroffenen gesetzgeberischen Entscheidungen hat dieser Umstand gewichtige legitimierende Kraft verliehen, wie etwa zuletzt bei der Entscheidung für die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Hilfe zum Suizid. Die gleichgeschlechtliche „Ehe“ wird dagegen nur von einem taktischen rot-rot-grünen Punktsieg ins Bundesgesetzblatt getragen.

„Ehe für alle“ verfassungswidrig

Ebenfalls nicht gerade zuträglich für die Legitimität des Verfahrens ist, dass gewichtige verfassungsrechtliche Bedenken in der Debatte völlig auf der Strecke blieben. Das Grundgesetz stellt in Art. 6 Abs. 1 GG „Ehe und Familie“ unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Ob man diese Verfassungsbestimmung nun für richtig oder falsch hält – die jetzt geplante BGB-Änderung muss sich an ihr messen lassen. Nach den klassischen juristischen Auslegungsmethoden besteht kaum ein Zweifel daran, dass „Ehe“ in Art. 6 Abs. 1 GG ausschließlich die Verbindung von Mann und Frau meint. Dies entspricht bereits der klassischen Wortbedeutung, wie sie sich beispielsweise Grimms Wörterbuch oder dem Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache entnehmen lässt. In systematischer Hinsicht verdeutlicht Art. 6 Abs. 2 GG, dass das Grundgesetz „Ehe“ als Keimzelle der Gesellschaft ansieht und mit ihr die Vorstellung einer Lebens- und Geschlechtsgemeinschaft verbindet, welche auf die Zeugung von Nachkommen angelegt ist: Dort geht es nämlich um die Pflege und Erziehung der Kinder als das „natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“. In historischer Hinsicht schließlich gibt es keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der Parlamentarische Rat unter Ehe irgendetwas anderes verstand als die Ehe von Mann und Frau, wie es seit Jahrhunderten der abendländischen Rechtstradition entspricht. Methodenehrlich lässt sich daher nicht begründen, warum die Ehe auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften ausgedehnt werden könnte. Hier hilft allenfalls ein „Methodenkniff“ weiter, nämlich die Rede vom Verfassungswandel, mit der versucht wird, Rechtsbegriffe „neu“ zu interpretieren. Tatsächlich gefährdet diese Vorgehensweise den materiellen Inhalt und damit den Rechtscharakter der Verfassung. Verfassungsrechtliche Begriffe werden zu reinen Buchstabenhüllen herabqualifiziert, die letztlich mit beliebigem Inhalt gefüllt werden können. Was aber bedeutet es, wenn die Begriffe „Würde“ (Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG), „Glauben“ und „Gewissen“ (Art. 4 Abs. 1 GG), „Ehe“ (Art. 6 Abs. 1 GG), „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20 Abs. 1 GG), „Volk“ (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG) im steten Verfassungswandel der jeweiligen öffentlich vorherrschenden Meinung entsprechend jeweils mit völlig unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden können?

Zu Recht hat daher das Bundesverfassungsgericht auch in jüngster Zeit am materiellen Ehebegriff festgehalten: „Die Ehe als allein der Verbindung zwischen Mann und Frau vorbehaltenes Institut erfährt durch Art. 6 Abs. 1 GG einen eigenständigen verfassungsrechtlichen Schutz“ (BVerfGE 133, 377 [Rn. 81]). Will man hieran etwas ändern, so steht ein verfassungskonformer, juristisch methodenehrlicher und damit auch legitimer Weg bereit: die Verfassungsänderung im Verfahren nach Art. 79 GG.

Ungeklärte Fragen der Elternschaft in gleichgeschlechtlichen „Ehen“

Jenseits der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit wirft das beschlossene Gesetz auch einfachgesetzlich eine Reihe von Fragen auf. Zu den wichtigsten Rechtsfolgen der Ehe gehört, dass der Ehemann gemäß § 1592 Nr. 1 BGB Vater des von der Ehefrau geborenen Kindes wird. Gilt das gleiche ab sofort analog auch in der gleichgeschlechtlichen „Ehe“? Dafür spricht, dass der Gesetzgeber ausdrücklich keinen Unterschied mehr zwischen Ehe und gleichgeschlechtlicher „Ehe“ machen wollte. Schon nach derzeitiger Rechtslage fallen biologische und rechtliche Elternschaft nicht immer zwingend zusammen. Dagegen spricht aber, dass im Falle der gleichgeschlechtlichen „Ehe“ gerade keine Vermutung besteht, dass der „Ehegatte“ des anderen Partners auch biologischer Vater bzw. biologische Mutter ist. Insofern würden in der gleichgeschlechtlichen „Ehe“ biologische und rechtliche Elternschaft regelmäßig auseinanderfallen, was die Frage aufwirft, ob die Rechtsordnung so pauschal die biologische Abstammung und damit einhergehende Rechte von Kind und biologischem Elternteil ignorieren darf. Ein familienrechtlicher Meinungsstreit ist absehbar – dabei hätte es gerade bei einer so grundlegenden Frage einer klaren Entscheidung des Gesetzgebers bedurft. Wenn sich die gleichgeschlechtliche „Ehe“ daraus rechtfertigen soll, dass in ihr die gleichen Werte wie in der klassischen Ehe gelebt werden sollen – hätte dann nicht die Frage der rechtlichen Elternschaft in der gleichgeschlechtlichen „Ehe“ offen und ernsthaft diskutiert und beantwortet werden müssen, bevor man sich selbst mit Regenbogenkonfetti feiert?

Rechtspolitisch führt dies zu der Frage, ob die vermeintliche Zauberformel von der „Ehe für alle“ die familienpolitischen Herausforderungen unserer Zeit angemessen löst. Sind Ehe und homosexuelle Lebenspartnerschaften tatsächlich das gleiche? Seit Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft ist in einer längeren Entwicklung diese Lebensform in ihren Rechtswirkungen nach und nach an die Ehe angenähert worden. Eigenständige und von der Ehe bewusst abweichende „Regenbogenbestimmungen“ sind dagegen nie ernsthaft erwogen worden. Dadurch hat sich in der Öffentlichkeit der Eindruck verfestigt, die eingetragene Lebenspartnerschaft bedeute gegenüber der Ehe ein diskriminierendes „minus“ gegenüber der heterosexuellen Paaren vorbehaltenen Ehe. Dadurch wurde die Chance verpasst, die eingetragene Lebenspartnerschaft als eigenständiges Rechtsinstitut zu entwickeln, nicht als „plus“ oder „minus“, sondern als aliud zur Ehe. Tatsächlich stellen sich in homosexuellen Lebenspartnerschaften bisweilen andere Fragen als in der Ehe, wie die Frage der Elternschaft zeigt. Dass die Mutter die Mutter und ihr Mann der Vater ist – so einfach ist es in „Regenbogenfamilien“ eben nicht. Schon heute werden gerade in homosexuellen Partnerschaften bereits Partnerschaftsmodelle gelebt, die vom Gesetz bisher (auch unter dem Regime einer „Ehe für alle“) ignoriert werden. Längst gibt es „co-parenting“-Modelle, mit denen die Paare neben der sozialen auch die biologische

Elternschaft anstreben: Manche schwule und lesbische Paare bekommen gemeinsame Kinder; manche lesbische Paare binden einen Samenspender auch als sozialen Vater in ihre Familie ein.

Eigenständiges „Regenbogenfamilienrecht“ als Alternative

Die eigentliche Lösung könnte daher darin bestehen, die eingetragene Lebenspartnerschaft als ein eigenes familienrechtliches Institut weiterzuentwickeln, das insbesondere den in homosexuellen Beziehungen aufgeworfenen Fragen nach Elternschaft besonders Rechnung trägt. So könnte der Gesetzgeber bereits heute faktisch bestehende Möglichkeiten für eine Drei- oder auch Vierelternschaft gesetzlich regeln. Die damit einhergehenden Anschlussfragen, angefangen von Sorgerechtskonflikten bis hin zu erbrechtlichen Konsequenzen, müssen allerdings gründlich erwogen werden. Umgekehrt kommen entsprechende Regelungen in der Ehe nicht in Betracht, weil eine Dreielternschaft ersichtlich mit der ehelichen Treuepflicht unvereinbar ist. Nicht zuletzt deshalb könnte die „Ehe für alle“ für ein „Regenbogenfamilienrecht“ schnell zur Sackgasse werden.

All diese Fragen sind so komplex, dass es nur angemessen wäre, sie einer breiten, ernsthaften und offenen gesellschaftlichen Debatte zuzuführen. Der Bundestag sollte daher wie einst 1874 eine Kommission einsetzen, die sich dieser Fragen annimmt – diesmal am besten von Anfang an mit Juristen und Nicht-Juristen besetzt. Ein Jahrhundert sollten die Debatten auch nicht dauern. Aber zum Abschluss der nächsten Legislaturperiode könnte ein großer Wurf stehen, der ein Jahrhundert hält.